

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilungsbild mit Ausnahme der Gewer- und Befreiung nach Art. 5 Nr. 1 des folgenden Tag. Tagespreis bei Bestellung monatlich 2 Mk., bei halbjährlicher Bestellung 10 Mk., bei jährlicher Bestellung 20 Mk., auf dem Lande 25 Mk., durch die Post bezogen 27 Mk. 50 Pf. Die Anzeigenpreise sind für die ersten drei Tage 20 Pf., für die folgenden vier Tage 15 Pf., für die übrigen Tage 10 Pf. Die Anzeigenpreise sind für die ersten drei Tage 20 Pf., für die folgenden vier Tage 15 Pf., für die übrigen Tage 10 Pf. Die Anzeigenpreise sind für die ersten drei Tage 20 Pf., für die folgenden vier Tage 15 Pf., für die übrigen Tage 10 Pf.



Interaktionspreis 20 Pf. für die gewöhnlichen Anzeigen oder deren Raum, Namen, die 2 wöchige Anzeigen 30 Pf., die 4 wöchigen 50 Pf., die 8 wöchigen 80 Pf., die 12 wöchigen 100 Pf., die 16 wöchigen 120 Pf., die 20 wöchigen 140 Pf., die 24 wöchigen 160 Pf., die 28 wöchigen 180 Pf., die 32 wöchigen 200 Pf., die 36 wöchigen 220 Pf., die 40 wöchigen 240 Pf., die 44 wöchigen 260 Pf., die 48 wöchigen 280 Pf., die 52 wöchigen 300 Pf. Die Anzeigenpreise sind für die ersten drei Tage 20 Pf., für die folgenden vier Tage 15 Pf., für die übrigen Tage 10 Pf.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostock.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Bässig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 44

Dienstag den 21. Februar 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Donnerstag den 23. Februar 1922, abends 7 Uhr

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsgebäude aus.
Wilsdruff, am 20. Februar 1922.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Deutschland hat eine vierte Rate von 30 Millionen Goldmark an die Reparationskommission gezahlt.
- * Der Reichsfinanzminister hat seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, die Korrekturen für die Revision des Besoldungsgesetzes so zu fördern, daß die neuen Bestimmungen am 1. April 1922 in Kraft treten können.
- * Das Goldausgeld für die Bälle wird mit Wirkung vom 1. März bis auf weiteres auf 400 festgesetzt.
- * Poincaré erhebt für eine harte Angriffsrede gegen Deutschland die Beantwortung einer Interpellation wegen der Vorfälle in Petersburg das einstimmige Vertrauen der französischen Kammer.
- * Das englische Unterhaus genehmigte den Vertrag mit dem freien Handel.

Gaukelspiel.

Je näher der Termin für die internationale Wirtschaftskonferenz in Genewa heranrückt, desto ängstlicher wird das Gerangel von Nachrichten, Gerüchten, Dementierungen und Gegengerüchten über Verhandlungen, die in London oder Paris oder Berlin mit diesen oder jenen offiziellen oder nichtoffiziellen Vertretern der russischen Sowjetrepublik im Gange seien. Auch an Gerüchten über den mehr oder weniger endgültigen Abschluß von Verträgen ist kein Mangel, und wenn man dieses ganze Schloßspiel überblickt, so bleibt kaum eine andere Deutung übrig, als daß die Moskauer Strategen mit der diplomatischen Kunst, in der sie Meister sind, eine ungewohnte Verwirrung über die Köpfe des Westens zu bringen bewußt sind.

Dabei wird es so dargestellt, daß Poincaré mit seinen öffentlichen Besuchen in Russland für ein geschlossenes Zusammengehen auf der Konferenz von Genewa gewonnen habe oder doch zu gewinnen sucht, bald wieder soll der Aufbruch erteilt werden, als ob Deutschland seinen heiligen Wunsch hege, als Arm in Arm mit Lenin vor den Herren des Obersten Rates in Genewa erscheinen zu können. Ein Staat wird gegen den andern ausgespielt, und das Raffinement, mit dem die Nadel und Gewissen dabei ans Werk gehen, ist kaum zu überbieten. Heute wird mit Drohungen, morgen mit Lockungen gearbeitet, nach derselben Richtung hin gearbeitet, so daß schließlich kein Mensch sich mehr aufhebt. Der neueste Witz war, daß gegen die Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden an Frankreich diesem die russischen Entschädigungsforderungen gegen Deutschland übertragen werden sollten, eine Forderung, die wohl auf Unkundige zum mindesten vorübergehend einen gewissen Eindruck machen konnte und vielleicht dazu bestimmt war, gerade unter der ersten Einwirkung an gewissen Stellen bestimmte Entschlüsse zu zetteln, die dann bei späterer Ermüdung nicht mehr rückgängig zu machen wären. In Wirklichkeit schreit Russland nicht weniger als der Gebante an die Vorkriegsschulden, an die diesen Goldmarken, die es von seinem damaligen lieben Bundesgenossen an der Seine zur Stärkung seiner Kriegserfahrungen gegen Deutschland erhalten hat. Herr Nadel macht sich neuerdings über den Gedanken lustig, was wohl für die Franzosen dabei herauskommen würde, wenn die Sowjetregierung ihnen einen Wechsel auf — sagen wir hundert Milliarden Goldmark — ausstellen wollte. Ein Regen Papier, und nichts weiter! Ebenso klar aber sind sich die Moskauer Herren ohne Zweifel auch darüber, daß die Leistungsfähigkeit Deutschlands bereits durch die verfallenen Verpflichtungen mehr als erschöpft ist, und daß auch für sie nichts anderes als ein Regen Papier dabei herauskäme, wenn Frankreich ihnen eine Anweisung auf deutsche Sachlieferungen im Werte von 800 Millionen Goldmark ausstellen wollte. Also nur ein Gaukelspiel. Eins von der Sorte, mit denen sich die Sowjetleute gar zu gern unterhalten, um sich über die allzu fürchterliche Lage im Innern ihres eigenen Landes so oder so hinweg zu amüsieren.

Aber natürlich, bloß zu ihrem Vergnügen werden die Herren Rassin und Nadel und Stomoniaw nicht durch Europa reisen. Die paar Tage, die sie zuletzt in der deutschen Reichshauptstadt zugebracht haben, sind dort, das darf man wohl glauben, mit ernsthaften wirtschaftlichen Verhandlungen ausgefüllt worden. Es ist auch offenkundige Tatsache, daß führende Männer unseres Wirtschaftslebens sich sehr angelegentlich für die Wiederaufnahme oder die Wiederbelebung des Waren- und Handelsverkehrs mit Russland interessieren. Und wenn es nur nach den Angeboten ginge, die uns fortgesetzt von russischen Emigranten gemacht werden, dann könnten die

deutschen Unternehmer nichts Klügeres tun, als zuzugreifen. Aber sie werden im Laufe der Zeit hinreichend gelernt haben, in allen Dingen, die Russland betreffen, zwischen Schein und Wirklichkeit zu unterscheiden. Die Sowjetbevollmächtigten lassen bei allen Verhandlungen, die sie zu führen haben, ihrer Phantasie den freiesten Spielraum. Und wenn man früher, unter Katharina II., von Potemkinschen Dörfern sprach, die dazu aufgerichtet wurden, um fremden Besuchern einen Wohlstand vorzutäuschen, der in Wirklichkeit nicht vorhanden war, so muß man jetzt von Potemkinschen Ländern sprechen, die eben nur in der Einbildung oder in den Phantasieberichten der russischen Unterhändler bestehen. Sie kennen in der Zusicherung von Konzessionen ebenso wenig reale Grenzen wie in der Ausmalung von Exportmöglichkeiten, und bei allen Bemühungen, die Privatwirtschaft mit ihren berechtigten Privatinteressen in Russland wieder zur Geltung zu bringen, vergebens sie nur zu sehr den jammervollen Zustand des Landes in Rechnung zu stellen, den die kommunistische Wirtschaft im Erfolgs gehabt hat.

Es dieser ungeheure Schutt aus dem Wege geräumt sein kann, werden Jahre und Jahre vergehen, und es ist überhaupt auch jetzt noch immer sehr die Frage, ob und wie weit die Sowjetmänner einer vernünftigen Wirtschaftspolitik, wie sie unerlässlich ist, wenn internationale Beziehungen gedeihen sollen, in ihrer Heimat Raum zu gewähren gewillt sind. Man kann eigentlich die Geduld der Unternehmer, die immer und immer wieder nur schon seit Jahr und Tag über den Wiederaufbau Russlands unterhandeln, bewundern, wie auch die Langmut der deutschen Regierung, die trotz reichlicher Enttäuschungen immer noch an der Hoffnung festhält, mit den russischen Gewaltgebern etwas Vernünftiges zustande zu bringen. Und wenn nun gar die Konferenz von Genewa verschoben oder vereitelt werden sollte, dann wäre ein Ende für dieses amüßliche Spiel überhaupt nicht mehr abzusehen. Wenn damit freilich leihen Endes ernstlich gedient sein soll, ist für nicht-sowjetlich konstituiertes Schicksal schwer zu erkennen.

Poincaré ruft nach Sanktionen.

Die Petersdorfer Schieferer vor der Pariser Kammer

Die Zwischenfälle in Oberschlesien, bei denen es vor einigen Wochen angeblich durch die (zwischen als unzutreffend nachgewiesene) Schuld deutscher Organisationskräfte zu einer Schieferer kam, waren für die französische Kammer und ihren augenblicklichen Favoriten, Herrn Poincaré, eine geradezu unersehliche Gelegenheit, um wieder einmal nach neuen Druckmitteln gegen das verdächtige Deutsche Reich zu schreien. Der Abgeordnete, der die Regierung über diese Vorgänge interpelliert hatte, bedauerte selbstverständlich, daß die französische Regierung nicht rascher vorgegangen sei. Durch die Tatsache, daß die neuen Sanktionen

nicht dem „Attentat“ auf dem Fuße folgten, habe sich die öffentliche Meinung enttäuscht gefühlt. Deutschland habe weder moralisch noch materiell abgerufen. Die Opfer des Attentats von Petersdorf seien die Opfer des deutschen Militarismus (1) und auch als Opfer der Schwäche der vorausgegangenen französischen Regierung gefallen. — Das war eine schöne Einleitung für Herrn Poincaré, der in seiner Antwort den Ton noch etwas höher schraubte. Er erklärte, daß, was in Petersdorf vorgefallen sei, sei nur eine der Episoden der zahlreichen Attentate, die gegen die französischen Truppen in Oberschlesien gerichtet seien. Die Orgesch hätte aufgelöst und ihre Waffen an die Interalliierte Kommission abgeliefert werden müssen. Aber deutsche Banden, die bewaffnet aus Deutschland gekommen seien, hätten sich allmählich von neuem gebildet. Wenn — (ja, wenn!) — bewiesen werde, daß der Angriff in Petersdorf unter Mitwirkung von Elementen, die aus Deutschland gekommen seien oder sogar mit Waffen, die aus Deutschland gekommen seien, geschahen sei, dann stehe die Verantwortlichkeit der deutschen Regierung

fest. Entschädigungen und Sanktionen würden von der französischen Regierung gefordert werden. Die französische Regierung habe beschlossen, eine energische und strenge Maßnahmen zu verlangen. Die deutsche Regierung habe eine Untersuchung verprochen, deren Ergebnis, wie zu erwarten war, negativ ausgefallen sei. Bekanntlich hat Staatssekretär a. D. Dr. Peters die Faktlosigkeit dieser Anschuldigungen festgestellt. (D. R.) Aber die Interalliierte Kommission setze ihre eigenen Untersuchungen fort. Er habe den Eindruck, daß der Angriff in Petersdorf von Elementen einer mächtigen deutschen Draconisation geleitet

worden sei, die aber nur fortbestehen könne unter der Mitschuld von deutschen Beamten und Industriellen. Zum Schluß erklärte Poincaré, die Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland

seien so weit fortgeschritten, daß in aller Kürze die Interalliierte Kommission den deutschen und polnischen Behörden mitteilen werde, daß sie Besitz von den Gebieten ergreifen könnten, die ihnen zugesprochen worden seien. Sowohl die polnische wie die deutsche Regierung müßten die Rechte der andern Seite achten. Gerade deshalb habe die Regierungskommission in Oberschlesien beschloffen, alle verbotenen Waffen zu erfassen. — Es kann nicht verwunderlich erscheinen, daß Poincaré nach dieser Schwarzmalerei von der Kammer ein Vertrauensvotum mit den Stimmen aller 306 anwesenden Abgeordneten erhielt.

Das deutsche Budget in französischen Augen.

Wie man sich in der französischen Kammer die deutschen Zahlungsmöglichkeiten vorstellt, ging aus den Äußerungen zweier Abgeordneter hervor, die u. a. erklärten: Die deutschen Fabriken arbeiten, die deutsche Handelsmarine sei fast so bedeutend wie vor dem Kriege, (1) der Verkehr in den Häfen, namentlich in Hamburg, wachse täglich. Die Zwangsanleihe aber, die geplant sei, werde ein ungenügendes Ergebnis haben. Die Steuerreform sei ungenügend, die Inflation nehme zu. Wenn Deutschland die gleichen Anstrengungen gemacht hätte wie Frankreich, so wäre die Reparationsfrage längst gelöst. Man könne schon aus dem jetzigen deutschen Budget fünfzig Milliarden Franken verfügbar machen, wenn man nur wolle. — Vielleicht erkundigt sich dieser Optimist einmal beim deutschen Finanzminister, ob man immer dann, wenn man nur will

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Weitere Zahlung von 31 Millionen Goldmark.

Nach Mitteilung der Reparationskommission hat Deutschland gemäß der in Cannes getroffenen Entscheidung in fremden Devisen an die vom Garantieauschuß bezeichneten Banken eine vierte Reparationszahlung von einunddreißig Millionen Goldmark geleistet.

Winnigs Beteiligung am Rapp-Witz.

Gegen den früheren Oberpräsidenten von Ostpreußen, Winnig, der sich politisch zur Sozialdemokratie bekannte, war wegen seiner fremdlichen Haltung zum Rapp-Witz ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Eine Anfrage bemängelte, daß kein Strafverfahren eingeleitet und daß das Disziplinarverfahren noch immer nicht zum Abschluß gekommen sei. Winnig beziehe noch zwei Drittel seines Gehalts weiter. Der Minister des Innern hat hierauf erwidert, daß gegen Winnig wegen Beteiligung an dem sogenannten Rapp-Witz sowohl ein Strafverfahren als auch ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Entsehung aus dem Amte eingeleitet worden sei. Der Oberreichsanwalt hat das Strafverfahren auf Grund der Amnestie eingestellt. Deshalb ist auch das Disziplinarverfahren eingestellt und Winnig mit einer Ordnungsstrafe belegt worden. Die Bezüge Winnigs, der inzwischen in den einwöchigen Ruhestand versetzt sei, regelten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen. Es bestehe keine Möglichkeit, hiervon in dem vorliegenden Falle abzuweichen.

Deutschlands Schiffbauverpflichtung für die Entente.

Zu Erwiderung einer Anfrage erklärte im englischen Unterhaus der Regierungsvertreter, Deutschland sei durch den Versailler Vertrag verpflichtet, während fünf Jahren für Rechnung der alliierten und assoziierten Regierungen Handelschiffe im Gesamttravon von 200 000 Tonnagen jährlich zu bauen. Großbritannien habe seinerseits formell auf jeden Anspruch auf irgend einen Anteil aus dieser Tonnage verzichtet.

24 712 Eisenbahnfahrzeuge abgeliefert.

Nach neueren Mitteilungen wurden bis zum 31. Januar 1922 einschließlich insgesamt gemäß Artikel 238 des Friedensvertrages zurückgegeben: 1. an Belgien 15 138 Staatsbahnwagen, 351 Privatwagen, 2. an Frankreich 6353 Staatsbahnwagen, 959 Privatwagen, 3. an Rumänien 1565, 4. an Serbien 277, 5. an Italien 63, das sind zusammen 24 712 Fahrzeuge.

Wirtschaftsbehörden für Deuante.

Die zukünftigen Stellen weisen darauf hin, daß die Bemessung der Wirtschaftsbehörden in Anlehnung an die den Arbeitern gewährten Übererwerbszuschüsse derart gedacht ist, daß für je 10 Pfennige Übererwerbszuschuß